

Kommentar

Paul Wagner zum Ausbau der Windenergie

Von Paul Wagner | 02.03.2015 07:14 Uhr

Die Windkraft ist eine gute Sache. Die Natur stellt den Treibstoff kostenfrei und unbegrenzt bereit, und ein Restrisiko ist nahezu ausgeschlossen. Dem Norden bietet die Windkraft einmalige Chancen in Bezug auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Daher sollte der Ausbaukurs grundsätzlich beibehalten werden.

Doch der milliarden schwere Umverteilungsprozess, den das Erneuerbare-Energien-Gesetz vom zahlenden Stromkunden hin zu Unternehmen, Landbesitzern und Investoren eingeläutet hat, läuft nicht rund. Denn wo viel Geld im System ist, wachsen die Begehrlichkeiten. Auch bei den Kommunen.

Der finanzielle Druck, dem die meisten Gemeinden unterliegen, ist enorm. Sparrunden, die vom Land über die Kreise und Ämter nach unten durchgedrückt werden, verlangen den Entscheidern auf dem platten Land bei steigenden Kosten für ihre Infrastruktur einiges ab. Kommt dann ein Unternehmen mit dem Geldkoffer, ist die Verlockung groß.

Aber so kann es nicht laufen. Nicht Unternehmen haben zu entscheiden, wie viel Geld ihre Aktivitäten mindestens in eine Gemeindekasse spülen, sondern die Steuergesetzgebung und transparente Konzessionsverträge. Und auch die vertragliche Zusage für ein willkommenes Sponsoring gegenüber den örtlichen Vereinen kann erst nach einer unabhängigen Entscheidung für oder gegen das Unternehmen erfolgen. Nicht aber vorab, zumal die Vereinsspitzen oftmals gleichzeitig die Entscheider im Gemeinderat sind.

Kommentieren

Drucken

Text

Empfehlen 0 

Twittern 0